

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Juni 2015

## Ordnungsrahmen für ein faires und ökologisches Wirtschaften

Die EU verpflichtet Unternehmen zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen – eine Chance für den Einstieg ins Nachhaltigkeitszeitalter. von Valerie Wilms

Seit dem ersten Erdgipfel 1992 wird um Wege in das Nachhaltigkeitszeitalter gerungen. Es gibt in Deutschland eine Nachhaltigkeitsstrategie mit vielen Zielen. Deren Umsetzung aber stagniert insbesondere im ökologischen und

Grundvoraussetzung.

### Politische Rahmenbedingungen – Wo setzen wir an?

Die neue Richtlinie der Europäischen Union zur verpflichtenden Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen von Unternehmen ist ein erster politischer Schritt, um Nachhaltigkeitsstandards einzuführen. Die Berichtspflicht soll vornehmlich für große Unternehmen gelten. Weil die Lieferkette indirekt betroffen ist,

Allen voran müssen kontraproduktive Subventionen, wie z.B. für Kohlekraftwerke und fossile Kraftstoffe schrittweise abgeschafft werden. Zudem sollen endlich Arbeitseinkommen steuerlich entlastet und Ressourcen besteuert werden, wobei analog dem Einkommensteuersystem ein Grundbedarf steuerfrei bleiben muss.

Die Weichen für eine hundertprozentige Kreislaufwirtschaft müssen konsequent gestellt werden; so müssen Produkte langlebiger, reparaturfähiger und deren Wiederverwertbarkeit erhöht werden. Wir brauchen eine Stärkung der bäuerlichen gegenüber der industriellen Landwirtschaft, weil sie die ökologischen Grundlagen pflegt, indem sie Naturkreisläufe respektiert. Und wir müssen unterentwickelte Länder unterstützen, eigene wirtschaftliche Kapazitäten aufzubauen. Wie das Eingangsbeispiel aus den siebziger Jahren zeigt, ist ein politischer Ordnungsrahmen dringend geboten, um ins Nachhaltigkeitszeitalter zu kommen.



Foto: Peter Lehmann

Nachhaltige Logistik – ein Besuch im Hamburger Hafen mit Dr. Sebastian Saxe und Lutz M. Birke von Hamburg Port Authority

entwicklungspolitischen Bereich. Deshalb brauchen wir schrittweise gesetzliche Rahmenbedingungen für ein faires und ökologisches Wirtschaften. In den siebziger Jahren verpesteten die Schornsteine der produzierenden Industrie und der Kohlekraftwerke, aber auch die zunehmende Anzahl von Autos und Lastkraftwagen auf den Straßen die Luft mit Schwefeldioxid. Um das Problem anzupacken, brauchte es Emissionsgrenzwerte und Entschwefelungsanlagen, also einen politischen Ordnungsrahmen.

Im Bereich der Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in den produzierenden Ländern in Fernost fehlt ein solcher Handlungszwang. Denn die Auswirkungen unserer Konsumgewohnheiten auf unterentwickelte Länder sind für uns nicht spürbar. Es existiert dort eine postkoloniale Schiefelage zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Deshalb sind politische Rahmenbedingungen auch hier eine

werden sich auch kleine und mittlere Unternehmen Gedanken über die Herkunft von Rohstoffen sowie deren Gewinnung, Verarbeitung und die damit verbundenen ökologischen und sozialen Folgen machen müssen. Wichtig ist, dass große Unternehmen die Verantwortung nicht den Zulieferbetrieben überlassen.

Neben der Schaffung von Transparenz brauchen wir aber weitere Schritte. So können freiwillige branchenspezifische Ansätze ein wichtiger Schritt sein, wenn die direkte Kontaktpflege zu den Lieferanten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den staatlichen Kontrolleuren zu einem Bewusstseinswandel in den produzierenden Ländern führt.

Wir werden aber nicht umhin kommen, dass die Politik Verantwortung übernimmt, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, damit die Unternehmen ihre Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung ausschöpfen können.



Dr. Valerie Wilms  
Obfrau im  
Verkehrsausschuss und  
Nachhaltigkeitsbeauftragte  
Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreisbüro Wilms  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 553985  
Telefax 04101 553986  
Valerie.wilms.ma06@bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 227-71682  
Telefax 030 227-76289  
valerie.wilms@bundestag.de

 [www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de)



## Malta - ein europäischer Sonderfall

### Ein Reisebericht

Liebe Freunde und Freundinnen,  
Weil es ein grünes Kernanliegen ist, für eine gerechtere Verteilung von Schutzsuchenden in der EU zu streiten, bin ich gern der Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck nach Malta gefolgt, um mir ein Bild von der menschenrechtlichen Situation von Flüchtlingen vor Ort zu machen und um mit VertreterInnen der Politik über die europäische Asylpolitik in den Austausch zu kommen.

Gemessen an der Bevölkerungszahl bildet Malta bereits seit Jahren die Spitze der Asylantragsstellungen innerhalb der EU. Als flächenmäßig kleinster und am dichtesten besiedelten EU-Mitgliedsstaat bildet Malta eine der EU-Außengrenzen. Maltas geografische Lage, aber auch die Tatsache, dass es kein „Hinterland“ gibt - eine Verteilung von Schutzsuchenden daher nur auf der Insel möglich ist, macht Malta innerhalb der EU-Flüchtlingspolitik zu einem Sonderfall.

Neben den politischen Diskussionen hatte ich auf Malta auch die Möglichkeit mit Flüchtlingen zu sprechen. Nachhaltig bewegt hat mich das Gespräch mit acht somalischen Frauen, sowie Dr. Alexia

Rossi vom Jesuiten Flüchtlingsdienst, die uns für Fragen zum maltesischen Asylsystem zur Verfügung stand. Die Frauen berichteten von ihrer jahrelangen Flucht. Ayan, eine junge Frau aus dem Süden Somalias, erzählte uns ihre Geschichte: Aufgrund der massiven Gewalt der Shabab-Milizen und der Gefahr der Zwangsverheiratung floh Ayan mit Unterstützung ihrer Familie nach Äthiopien. Die Perspektiv- und Schutzlosigkeit in Äthiopien waren es, die sie schließlich zur Flucht nach Europa bewegten. Ihr Weg führte sie über den Sudan, Ägypten und Libyen, wo sie auf Menschen traf, die gegen mehrere Tausend Dollar eine Überfahrt nach Europa organisierten. Bestürzend waren ihre Berichte über die Gewalt, die Ayan durch die Schleuser erfuhr. Vier Monate war sie in deren Hand. Neben der geschlechtsspezifischen Gewalt, die sie erfuhr, waren alle Flüchtlinge aus ihrer Gruppe tagelang ohne Wasser und Essen in kleinen Wohnungen eingesperrt. In dieser Zeit wurden vor allem die Preise für die Überfahrt nach Europa nachverhandelt.

Auf die Frage, wie mehrere Tausend Dollar durch die im Heimatland verbliebenen häufig mittellosen Familien beschafft werden können, berichtete Ayan, dass in den meisten Fällen ganze Clans und Dorfgemeinschaften erpresst werden. Die Überfahrt

nach Malta erfolgte auf einem kleinen Fischerboot mit 60 weiteren Flüchtlingen, darunter Kinder und Schwangere.

Die Überfahrt nach Malta dauert mehrere Tage. Häufig ist nicht Malta, sondern Italien das Ziel von Flüchtlingen. Auf Malta, werden Flüchtlinge ausnahmslos in sogenannte closed detention centres (Abschiebegefängnisse) gebracht, wo sie meist ein bis eineinhalb Jahre verweilen müssen. Das erscheint vor dem Hintergrund, dass Malta kaum Auslandsvertretungen unterhält und daher nur in Einzelfällen Abschiebungen durchführt, unnötig und menschenrechtlich unverhältnismäßig. Eine besondere Schutzbedürftigkeit ist im maltesischen Asylrecht nicht definiert. Menschen mit schweren Traumata, starken körperlichen Beeinträchtigungen und Verletzungen werden ausnahmslos inhaftiert. Malta hat sich 2014 dafür ausgesprochen, keine Minderjährigen und Schwangere zu inhaftieren. Die Realität sieht anders aus. Nur in offensichtlichen Fällen (fortgeschrittene Schwangerschaft, Kindesalter) wird auf eine Inhaftnahme verzichtet.

Mein Besuch auf Malta bestätigte mich in den Forderungen, weiterhin auf eine Rücküberstellung von Flüchtlingen aus Deutschland nach Malta zu verzichten, massiv auf die maltesische Regierung einzuwirken, dass die Menschenrechte auch für Flüchtlinge gewahrt bleiben und Haft eine nicht zu vertretende Härte darstellt und darüber hinaus auf europäischer Ebene für eine andere, gerechtere Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas zu werben.

*Luise*

Büro Husum  
Schückingstraße 8, 25813 Husum  
Telefon 04841 39 33  
westkueste@luise-amtsberg.de

Büro Kiel  
Jungmannstr. 50, 24105 Kiel  
Telefon 0431 557 82 62  
luise.amtsberg.ma04@bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-73053  
Telefax 030 227-76051  
luise.amtsberg@bundestag.de

 [www.luise-amtsberg.de](http://www.luise-amtsberg.de)



Luise Amtsberg  
Bündnis 90/Die Grünen



## Vorratsdatenspeicherung –

*Zombie aus der Mottenkiste der Sicherheitspolitik*

Alle Jahre steht er vor uns, der schwarzrote Zombie aus der Mottenkiste der Sicherheitspolitik: die Vorratsdatenspeicherung (VDS). Als extrem ideologisch erweisen sich die Befürworter der Massenspeicherung der Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Trotz zwei herber Niederlagen vor dem höchsten deutschen und

dem höchsten EU-Gericht hält man weiter an der VDS fest – gefährdet so unsere Freiheitsrechte und erweist den Sicherheitsbehörden einen Bärendienst.

Die Urteile von BVerfG und EuGH waren schallende Ohrfeigen, sowohl für die letzte als auch die jetzige Große Koalition, die sich in ihrem

Koalitionsvertrag für die Wiedereinführung aussprach. Statt endlich Abstand von der VDS zu nehmen und die Nichtigerklärung der EU-Richtlinie für eine Neujustierung ihrer überholten Sicherheitspolitik zu nutzen, halten Union und SPD an der Massenspeicherung fest, deren Nutzen für die Strafverfolgungsbehörden empirisch gegen Null geht.



Dr. Konstantin von Notz,  
Stellv. Fraktions-  
vorsitzender und  
Netzpolitischer Sprecher

Union und SPD sind nicht bereit, ihren bürgerrechtsfeindlichen Kurs der letzten Jahre zu hinterfragen. Statt die Strafverfolgungsbehörden fit zu machen für das digitale

Zeitalter und dafür zu sorgen, dass sich Festplatten nicht mehr meterhoch in den Staatsanwaltschaften stapeln, statt effektive, anlassbezogene Polizeiarbeit zu ermöglichen, verfolgt man lieber eine schwarz-rote Placebo-Politik.

Das höchst umstrittene Vorhaben soll das Parlament im Hauruck-Verfahren passieren. Achselzuckend nimmt man hin, dass immer wieder Gerichte als bürgerrechtliche Korrektive wirken müssen. In Richtung GroKo sagen wir klar: Wir sehen uns erneut in Karlsruhe!

## Der Wolf ist zurück –

*eine Frage des richtigen Umgangs*

Unser Grünes Büro war bis auf den letzten Stehplatz gefüllt – nach Wolfssichtungen und Schafsrissen schlagen die Emotionen hoch: von der Freude über ein Stück „wildere“ Natur bis zu uralten Ängsten. So lud ich alle Seiten ein: Biologen, Jäger, Anwohner und einen betroffenen Bio-Schäfer.

Auch wenn in der angeregten, aber fairen Debatte die alten Konfliktlinien nicht ganz verschwanden – mitunter waren sich die Fachleute überraschend einig: Weder mythische Verklärung noch Verteufelung, sondern frühe Aufklärung und rasche Hilfe für betroffene Landwirte sind gefragt.

Ein neues Miteinander von Mensch, Weidehaltung und Wolf müssen wir erst wieder lernen – damit nicht alte Ängste

in Panikmache und illegalen Abschüssen enden. „Mit dem Wolf ist es eigenartig. Von bissigen Hunden geht eine zigfach höhere Gefahr für Menschen, Weidetiere oder den eigenen Hund aus“ – wie auf dem Podium minutiös vorgerechnet wurde. „Zugleich müssen wir auffällige Einzeltiere aber genau im Auge behalten und notfalls vergraulen“, betonte ein Wolfsbeauftragter.

Hier braucht es klare Verfahren auch über Landesgrenzen hinweg sowie wirksame Hilfen für Schäfer. Die notwendigen Schritte gehen wir in Kiel an. Viel Vermittlung ist aber noch nötig, das zeigen besorgte Fragen von Bauern, Eltern und Waldkindergärten. Ein positiver aber unverklärter Umgang mit unserer Natur ist gerade für uns Grüne eine wichtige Aufgabe vor Ort.



*Euer Konstantin*

Wahlkreisbüro von Notz  
Marktstraße 8, 23879 Mölln  
Telefon 04542 830700  
Telefax 04542 9854886  
konstantin.notz.wk@bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-72122  
Telefax 030 227-76822  
konstantin.notz@bundestag.de

[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)